

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 197. Ratssitzung vom 4. April 2018

3925. 2018/25

Dringliche Interpellation der AL-Fraktion vom 22.01.2018:

Neue Eigentümerstrategie der Stadt bezüglich der Rolf Bossard AG, Hintergründe zum Einbezug des Stadtrats betreffend einer Neuausrichtung bzw. eines Verkaufsentscheids der Rolf Bossard AG und zu den personellen Rochaden im Verwaltungsrat sowie Angaben zu den Ausschreibungen und Vergaben der Entsorgungs-Transportleistungen an Dritte und der damit verbundenen arbeitsrechtlichen Verpflichtungen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 157 vom 7. März 2018).

***Andreas Kirstein (AL)** nimmt Stellung: Die Antworten des Stadtrats zeigen, dass die Unternehmung der Rolf Bossard AG mit 66 Prozent Umsatzanteil vollständig von den Aufträgen des ERZ abhängig ist. Wachstumsmärkte werden keine aufgezeigt und ausgerechnet das Kadermitglied, das für die Unternehmensentwicklung zuständig ist, wurde kürzlich ersatzlos entlassen. Der Verwaltungsrat und die dahinterstehende Eigentümerschaft Stadt Zürich suchen keinen Ersatz für die allenfalls wegfallenden 66 Prozent. Zur Frage nach einer Eigentümerstrategie antwortet der Stadtrat, dass es keine gibt, aber wenn es eine gebe, müsste sie vom Stadtrat bewilligt worden sein. Es gibt jedoch immer eine Eigentümerstrategie, ob sie nun auf Papier festgehalten wurde, nur als Idee existiert oder vom Stadtrat abgenommen wurde. Die Frage, ob ein Ausschuss ERZ gebildet werden soll, verneint der Stadtrat. Für alle möglichen Geschäfte, von der Task-Force für das Koch-Areal bis zur Spitälerstrategie, wird eine stadträtliche Delegation gebildet. In diesem Fall hingegen lässt man den Departementsvorsteher eine gut funktionierende, zu hundert Prozent der Stadt gehörende Firma ruinieren, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Es freut mich allerdings, dass mindestens eine Lösung gefunden wurde, um die schlimmsten sozialen Härten, die mit der ruinösen Politik verbunden sind, abmildern können. Eine Frage war, ob man Teile der Rolf Bossard AG in das ERZ integrieren könnte. Das sei bis deutlich werde, welche Aufträge die Rolf Bossard AG für das ERZ überhaupt noch ausführen wird nicht möglich. Wenn man darauf wartet, wird die Firma aber bis dahin bankrott sein. Der Stadtrat habe einen rechtlosen Zustand angetroffen, indem die Aufträge, die man hätte submittieren sollen, keiner Submission unterstellt wurden. Dieser rechtswidrige Zustand hielt jedoch dreizehn Jahre an. Sowohl die gesetzliche Grundlage wie auch die notorische richterliche Auslegung sehen in all diesen Fällen zur Behebung des gesetzlosen Zustands Übergangsfristen vor. Das hätte meiner Meinung nach auch hier beachtet werden müssen. Das Aktienrecht gilt auch für städtische Aktiengesellschaften. Das verpflichtet den Verwaltungsrat zur getreuen Besorgung der Geschäfte und weist ihn unter anderem an, alles zu tun, um das Wohl der Unternehmung zu fördern. Jetzt findet aber eine eigentliche Vernichtung des eigenen Unternehmens durch den Verwaltungsrat statt. Er schädigt dabei nicht nur die Interessen der Firma, sondern auch*

den wohlverstandenen Eigentümerinteressen der Stadt selber. Diese sind aus Sicht der AL eine eminent ökologische Frage, nämlich ökologisch verantwortbare Transportwege bei der Entsorgung unseres Abfalls sowie der faire Umgang mit den Angestellten der Stadt Zürich. Eine Frage war, warum Martin Wipfli erneut eingesetzt wird, obwohl er von Anfang an im Verwaltungsrat tätig war. Im Jahr 2005 war Martin Wipfli der Strohmann des ERZ zur Übernahme dieser Firma – man liess sie bewusst in eine Situation laufen, in der sie ihre Rechnungen nicht mehr zahlte. Wie mit der Sozialpartnerschaft umgegangen wurde, wird einfach beantwortet: Wenn keine Gewerkschaft und kein Gesamtarbeitsvertrag vorhanden sind, gibt es auch keine Sozialpartnerschaft. Sie wird sehr eng ausgelegt, wäre aber auch mit einer Personalkommission oder direkt mit den Mitarbeitenden möglich gewesen. Das vorhandene paternalistische Sozialverständnis entspricht nicht den Forderungen von heute. Bezüglich der Frage nach dem sozialverträglichen Vorgehen der Firmen, an die die Vergabe erfolgte, wurde lediglich auf den Verhaltenskodex der Stadt Zürich verwiesen. Dieser macht Sinn, wenn beispielsweise bei Aufträgen ins Ausland die schweizerischen Gesetze eingehalten werden sollen, um etwa Kinderarbeit zu verhindern. Aber beim Verkauf an die österreichische Firma hat man sich nicht für die Anstellungsbedingungen interessiert. Die Antwort bezüglich der Frage des Spielraums der Integration der Rolf Bossard AG liegt verborgen in den Antworten zu den Fragen 12 und 14. Es gibt grossen Spielraum: Karton und Papier in den Monopolbereichen, die Entsorgung der Hanf-Anlage und man kann die Mitarbeitenden der Rolf Bossard AG übernehmen. Der Kehrrechtsammel-Tourismus von Firmen ausserhalb der Stadt Zürich muss begrenzt werden. Aus der Antwort geht hervor, dass der Stadtrat handeln kann. In Bezug auf die Satelliten-Firmen gibt es für das ERZ eine Strategie, die darauf hinausläuft, dass sich die Firma nicht mehr im städtischen Besitz befindet. Das entspricht auch einer klassischen, rechtsbürgerlichen Agenda. Das werde ich bis zum Ende bekämpfen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): Man muss sich fragen, warum solche Voten der AL nicht 2005 oder 2006 erfolgten. Die damalige Entwicklung und die Verstaatlichung der Rolf Bossard AG entsprach einer durchaus fraglichen Situation, die jedoch nicht von der linken Seite kritisiert wurde. Die Beantwortung der Interpellation wurde kritisiert. Letzte Woche wurde die Beantwortung der Interpellation bezüglich des Stadtsitals Triemli diskutiert. Dabei geht es um viele hundert Millionen Franken. Die Beantwortung verteilt sich auf dreieinhalb Seiten, hier verteilt sie sich auf sechs Seiten. In diesem Sinne muss die Kritik am Stadtrat kritisiert werden. Bei der Frage zur Eigentümerstrategie wurden zwei Fragen gestellt, die beide korrekt beantwortet wurden. Bei der Eigentümerstrategie handelt es sich um einen festen, aktien-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Begriff; eine formale Beschlussfassung, die der Eigentümer fällen kann. Es handelt sich insgesamt um ein Thema, in das Sie sich verbissen haben und man muss sich fragen, was eigentlich kritisiert wird; denn das öffentliche Recht muss eingehalten werden, auch im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit einer Aktiengesellschaft.

Duri Beer (SP): *Es geht um ein Thema, das seit dreizehn Jahren aktuell sein müsste. Die AL stellt durchaus interessante Fragen, für die auch interessante Antworten geliefert wurden. Bei der Frage, warum die Situation seit dreizehn Jahren besteht und erst heute etwas getan wird, kann auch auf uns im Gemeinderat verwiesen werden. Uns hätte bewusst sein sollen, das im Jahr 2005 etwas in Aussicht gestellt wurde, das von Jahr zu Jahr weitergezogen wurde. Die NZZ betitelte bereits im Jahr 2005, dass das Outsourcing nicht immer seine Versprechen halten kann. In den letzten Jahren wurde das Insourcing zum Thema, das auch aus finanziellen Gründen entdeckt wurde. Offensichtlich besteht Handlungsbedarf. Auch diesbezüglich bin ich der AL dankbar, dass sie Vorschläge bringt. Die Antwort zur Frage nach einem Beschluss zur Veräusserung der Firma ist, dass kein Antrag vorliegt. Wie soll diese Antwort interpretiert werden? Es gibt einen anderen Weg, der von der AL als Motion eingebracht wurde, mit dem man sagt, dass dort, wo die Stadt Zürich das Monopol hat, es am sinnvollsten sei, wenn die Stadt Zürich diese Bereiche wieder übernimmt. Diese Anfrage liefert uns die Grundlage, um Rezepte für die Zukunft zu finden – nicht nur beim ERZ und in Bezug auf den Abfall. Viele Dienstleistungsaufträge wurden abgegeben, die in den nächsten Jahren wieder zurückgeholt werden sollen.*

Walter Angst (AL): *Es ist bekannt, dass sehr wohl eine Eigentümerstrategie vorhanden war, nur wurde sie nicht offengelegt. Ich bedaure, dass diesbezüglich die Transparenz nicht vorhanden ist. Wir waren damals die einzigen, die fragten, ob der Direktor Urs Pauli alles im Griff habe – dafür wurden wir hier aber von allen niedergeschrien. Die stille Privatisierung der Rolf Bossard AG wird vorangetrieben, die nächste Ausschreibung für Papier ist bereits wieder am Laufen. Wir wollen einen Grundsatzentscheid bezüglich der Rolf Bossard AG. Die Versprechen bezüglich der Entscheide aus den Jahren 2006, 2007 und 2008 wurden nie eingelöst. Wir wollen diese Debatte und werden sie ausfechten. Ich bin überzeugt, dass die Strategie von STR Filippo Leutenegger nicht weiterverfolgt werden sollte.*

Severin Pflüger (FDP): *Die Idee, dass wir zu lange nichts getan haben und somit Schuld auf uns geladen haben, stimmt an sich, aber so, wie sie begründet wurde, ist sie komplett falsch. Es wird kein Outsourcing betrieben, sondern der Verkauf nach französischer Manier. Das Unternehmen wäre in Konkurs gegangen, hätte es die Stadt nicht gekauft. Die Stadt wollte die Arbeitsplätze, das Know-how und das Betriebsmaterial sichern. Weil die Firma ohne den Kauf untergegangen wäre, haben wir aus gewerkschaftlicher Seite nichts gegen die zu tiefen Löhne gemacht, das war beinahe eine Vereinbarung. Und es wurde diskutiert, dass nichts gemacht wird, weil es ideologisch korrekt ist, zu verhindern, das Unternehmen in Konkurs gehen zu lassen. Es wurden so aber Aufträge auf eine für die Stadt Zürich nicht anstehende Art und Weise verteilt und zu tiefe Löhne ausbezahlt, um die Firma im Sinne des französischen Modells zu stützen. Es handelt sich um ein Unternehmen, das nur wegen der fragwürdigen Unternehmenspraxis und der zu tiefen Löhne bestehen konnte. Wirtschaftlich gesehen hat das Unternehmen keine Existenzberechtigung mehr. Der Versuch, die Arbeiter zu retten, sollte nicht als Outsourcing kritisiert werden.*

4 / 5

Andreas Kirstein (AL): Die Deutungshoheit über die Geschichte ist stets Gegenstand der Auseinandersetzung. Man wusste schon lange, dass die Rolf Bossard AG die Rechnungen nicht mehr zahlen konnte. Die damaligen Herren des ERZ waren der Meinung, dass private Satellitenfirmen eine gute Idee seien. Dafür brauchten sie Martin Wipfli. Die Frage ist, was damals eigentlich gemacht werden wollte. Die Vermutung liegt im Raum, dass man mit den Satellitenfirmen versuchte, das ERZ als Ganzes zu privatisieren. Darum wurde die Rolf Bossard AG überhaupt gegründet. Mir geht es um fünfzig Mitarbeiter, inzwischen sind es weniger. Die Gewerkschaft hat in den letzten dreizehn Jahren nicht immer ihre Aufgabe in Höchstform erfüllt; dieser Vorwurf trifft nicht nur die AL, sondern auch den Schweizerischen Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Erst nachdem der Skandal um das Logistikzentrum aufflog, wurde ich auf die Rolf Bossard AG aufmerksam. Als ich die Vorkommnisse einsehen konnte, war ich nicht nur erschüttert, sondern geriet in ein Dilemma. Die Eigentümerstrategie wurde nicht schriftlich festgehalten. Ich habe auch die Vermutung, dass die Herren in Begleitung der damaligen Stadträte glaubten, dass sie das ERZ ausgliedern können. Das kann ich aber nicht als Eigentümerstrategie darstellen, weil nichts Schriftliches vorhanden ist. Eine Vermutung lässt sich schwierig in eine stadträtliche Antwort auf eine Interpellation aufnehmen. Ich hätte als Stadtrat einen solchen Deal nicht zugelassen. Ich hätte auch nicht zugelassen, dass die Angestellten der Firma im Fall der Chauffeure 1000 Franken weniger verdienen, als die Angestellten der Stadt. Das ist nun mein Dilemma. Wenn die Löhne angehoben werden, wird die Firma ruiniert; wenn ich sie nicht anhebe, verhalte ich mich aber auch nicht korrekt. Vierzig Prozent der Aufträge sind frei und gehören nicht der Stadt. Diese können nicht übernommen werden. Bevor ich eine neue Strategie präsentieren kann, muss ich einen rechtmässigen Zustand herstellen. Er bedeutet, dass Submissionen ermöglicht werden müssen. Ich kümmere mich um die Angestellten und Sorge dafür, dass sie mindestens unter gleichen Konditionen weiterarbeiten können. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass nur ein Teil der Angestellten übernommen werden kann. Das Wichtigste ist, dass wir uns um diese Menschen kümmern und die Aufträge der Stadt erfüllen können. Zuerst muss ich den Gordischen Knoten der Submissionen lösen. Ich will eine gute Lösung für die Stadt Zürich, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden und arbeite intensiv daran. Martin Wipfli bin ich nur einmal begegnet und bin ihm dankbar, dass er als einziger mit dem Know-how nach der fristlosen Entlassung von Urs Pauli mit Umsicht eine Lösung fand. Martin Wipfli hat nun als Verwaltungsrat gekündigt. Man wird eine neue Lösung finden. Die Unternehmensstrategie hat nichts mit einer rechts-bürgerlichen Strategie zu tun. Der Staat muss seine Aufgaben erfüllen, nicht Aufträge aus der Wirtschaft holen. Das hat nichts mit Privatisierung zu tun. Der Fehler geschah, als die Rolf Bossard AG für eine halbe Million Franken übernommen wurde.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat